

presse

Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche wichtig

Anlässlich einer repräsentativen Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerks unter deutschlandweit 830 Kinder und Jugendlichen im Alter von 10 bis 17 zu deren politischem Engagement erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks:

Es ist ein Warnsignal für Politik und Gesellschaft, dass die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen in Deutschland den Eindruck haben, dass sich die Bundesregierung zu wenig für ihre Meinung interessiert. Zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland haben demnach den Eindruck, dass es die Bundesregierung zu wenig interessiert, was junge Menschen denken. Gleichzeitig gaben lediglich elf Prozent der Kinder und Jugendlichen an, dass es ausreichend Möglichkeiten für sie gibt, am Wohnort oder im Stadtteil Einfluss zu nehmen oder sich politisch zu engagieren.

Die Umfrage zeigt, dass es bei Kindern und Jugendlichen ein großes Informationsdefizit in Bezug auf Mitbestimmung und Beteiligung gibt. So wissen 44 Prozent der Befragten nicht, ob sie auf Entscheidungen vor Ort Einfluss nehmen oder sich politisch engagieren können.

Besonders bemerkenswert ist hier, dass die Hauptinformationsquellen für politisches Engagement mit 58 Prozent der Befragten Lehrer sind, Eltern mit 37 Prozent und Freunde mit 24 Prozent nehmen demgegenüber eine nachrangige Rolle ein. Mit großem Abstand folgen das Internet mit 14 Prozent und Tageszeitungen mit 12 Prozent. Dies zeigt, wie wichtig Kindern und Jugendlichen der persönliche Austausch mit Menschen ist, die ihnen Orientierung geben und aufzeigen, wie sie sich einbringen können.

Themen, bei denen es Kindern und Jugendlichen besonders wichtig wäre, mitzubestimmen, sind ihre Freizeitgestaltung (66 Prozent), die Schule (59 Prozent) und in der Umweltpolitik (56 Prozent). Hier gilt es anzusetzen und die Interessen der jungen Menschen aufzugreifen. Auch sollten Jugendparlamente sowie Kinder- und Jugendbüros bekannter gemacht werden.

Wichtig ist eine eigenständige Jugendpolitik, die sich als Querschnittspolitik versteht. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb den Antrag „Mit einer eigenständigen Jugendpolitik Freiräume schaffen, Chancen eröffnen, Rückhalt geben“ (17/12063) gestellt, mit dem Ziel, dass die Jugendpolitik endlich aus dem Schattendasein herausgeholt wird, in dem sie sich gegenwärtig unter der schwarz-gelben Bundesregierung befindet.